

Inhaltsangabe

Gerd Zikeli	Befreier oder Kriegsverbrecher- Wo liegt der Unterschied?	3
Gert Surgke	Neue Erkenntnisse zum Nationalsozialismus?	5
Sigurd Schulien	Die geplante Zerstörung der Industrie	7
Michael Wendland	Vom Kaiserquartett zum Lied der Deutschen	9
Sigurd Schulien	Die Weltgesundheitsorganisation und die Coronakrise	1
Norbert Dietrich		
Michael Wendland	Zum Tod von Günter Deckert	12

Liebe Leser, liebe Deutsche!

Der Krieg in der Ukraine beherrscht die Berichterstattung in den Medien. Die BRD beteiligt sich in geradezu blinder Bündnistreue an den bisher sechs "Sanktionspaketen" gegen Rußland, beginnend mit dem Ende für die "Pipeline Nord Stream 2". US-Präsident Joe Biden hatte bereits am 7. Februar 2022, mehr als zwei Wochen vor Kriegsbeginn, bei einem Presseauftritt im Beisein von Bundeskanzler Scholz zum Erstaunen der Weltöffentlichkeit erklärt, es werde bei einem Einmarsch Rußlands in die Ukraine "kein Nord Stream 2 mehr geben". Wer bis dahin dachte, bei dem Unterwasser-Gasleitungssystem handele es sich um eine deutsch-russische Angelegenheit, der konnte bei diesem denkwürdigen Auftritt deutlich erkennen, wer die Zügel bundesdeutscher Politik wirklich in der Hand hält.

Die "Sanktionen" haben gleich nach ihrem Inkrafttreten Wirkung gezeigt – in Deutschland. Die Energiepreise schossen in die Höhe und die Inflationsrate hat sogleich Fahrt nach oben aufgenommen. Ein angepeiltes Ziel der "Sanktionen" gegen Rußland ist die Beendigung von Rohstofflieferungen. Noch deckt Rußland 55 Prozent des Gasbedarfs, 50 Prozent bei Kohle und 35 Prozent bei Rohöl. Altbundespräsident Joachim Gauck war sich nicht zu schade, in diesem Zusammenhang zu fordern, man könne "auch einmal frieren für die Freiheit". Dabei hätte ein Energielieferstopp aus Rußland nicht nur verheerende Folgen für den Energiebedarf jedes einzelnen Volksangehörigen, sondern auch für die gesamte deutsche Wirtschaft, deren Kernbereiche mit Gas betrieben werden und Kettenreaktionen in weite Teile der deutschen Industrie bewirken würden.

Auch im Bereich der Lebensmittelversorgung legt das Kriegsgeschehen Abhängigkeiten offen: Seit Kriegsbeginn sind in Deutschland die Preise für Weizen um 50 Prozent gestiegen. Begründet wird dies damit, daß die Ausfuhr aus der Ukraine nicht mehr möglich sei und deshalb eine Lebensmittelknappheit drohe. Dabei liegt der deutsche Selbstversorgungsgrad mit Getreide bei 101 Prozent (2020/21), das sind jeweils rund 42 Milliarden Tonnen. Deutschland ist also ohne weiteres in der Lage, seinen Bedarf an Getreide selber zu decken. Weil aber neben Rohstoffen und Metallen auch landwirtschaftliche Erzeugnisse und Naturprodukte wie Aktien an Warenbörsen gehandelt werden, steigen auch in Deutschland die Preise für seine im eigenen Land produzierten Nahrungsmittel.

Der hiesigen Politikerkaste, bestehend aus Schönwetterdemokraten, Politlehrlingen und Wehrdienstverweigerern, scheint der Krieg gerade recht gekommen zu sein, kann er doch geschickt als Begründung für die offen zu Tage getretenen Folgen einer völlig verfehlten Politik herhalten. Und mehr noch: Sie nutzt die verbreitete und von ihr befeuerte Kriegspropaganda, um Deutschland durch finanzielle und militärische Unterstützung zur Kriegspartei gegen Rußland zu machen. Dabei wäre ein Bündnis mit dem rohstoffreichen Rußland für unser wirtschaftsstarkes Land der Garant für eine Zukunft in Freiheit und Stärke.

Wir brauchen dringend eine Regierung, die in erster Linie deutsche Interessen vertritt, nicht "westliche", "europäische", amerikanische und auch nicht ukrainische Interessen; eine Regierung, die die Ketten internationaler Verpflichtungen aufbricht und ihr Handeln am Wohl des deutschen Volkes ausrichtet.

In Treue Axel Schunk

3/2022

Titelbild: Bildnis des Dichters Heinrich Hoffmann von Fallersleben. Gemälde von Ernst Henseler, 1898.